

KREISVERBAND TÜBINGEN

Poststr. 2-4
72072 Tübingen
buero@gruene-tuebingen.de
www.gruene-tuebingen.de

Mitgliederbrief

Kreisvorstand

Tübingen, 13.05.2020

Liebe Mitglieder,

wir haben am Montag, 4. Mai 2020 eine Pressemitteilung herausgegeben, in der wir als Kreisvorstand nochmals auf die jüngsten Äußerungen von Boris Palmer in der Sendung SAT-1-Frühstücksfernsehen am 28.4.2020 und auf darauf bezogene Interviews von seiner Seite in der Folge reagieren. Wir reagieren mit unserem Statement auch auf Äußerungen der Bundesvorsitzenden, der Landesvorsitzenden, des Vorsitzenden der Gemeinderatsfraktion in Tübingen und eine breit in der Öffentlichkeit geführte Debatte. Die Dynamik der Diskussion hat diese erneute Stellungnahme unsererseits nötig werden lassen. Unsere Pressemitteilung hatten wir Euch am Dienstag, 5. Mai 2020 zugesendet. Sie lautet:

Als Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Tübingen begrüßen wir die Statements vom Bundesvorstand und dem Landesvorstand Baden-Württemberg. Die jüngsten Äußerungen von Boris Palmer haben erneut dazu geführt, dass wir uns als Kreisvorstand von Boris Palmer distanzieren mussten, da seine Aussagen nicht mit den Grundsätzen und der Programmatik unserer Partei vereinbar sind und damit der Partei schaden. Der Kreisvorstand Tübingen wird Boris Palmer bei Kandidaturen um politische Ämter zukünftig nicht mehr unterstützen. Über weitere Schritte werden wir in enger Abstimmung mit dem Landesvorstand beraten. (Pressemitteilung vom 05.05.2020)

Uns ist es wichtig, Euch an dieser Stelle nun einen tieferen Einblick in die Diskussionen und unsere Arbeit im Hintergrund zu geben. Eines sagen wir vorab ganz deutlich: Boris hat in den vergangenen Tagen Morddrohungen erhalten. Wir verurteilen dies auf Schärfste und treten dem entschieden entgegen. Für uns sind Hass und Hetze niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Wir möchten Euch heute die mittlerweile lange Vorgeschichte der jetzigen Ereignisse berichten. In den letzten Tagen sind wir mit Briefen und Presseanfragen in einem Ausmaß überhäuft worden, das uns als ehrenamtlich Tätige an den Rand der persönlichen Leistungsfähigkeit gebracht hat. Diese Situation ist uns in den vergangenen Jahren mehrfach begegnet. Wir möchten Euch mit diesem Schreiben erläutern, was die Grundlage unseres Handelns ist.

Dass wir Boris nicht mehr bei Kandidaturen für politische Ämter unterstützen wollen, ist Ergebnis einer ganzen Reihe problematischer Äußerungen seinerseits in der Öffentlichkeit, die allesamt geeignet waren, Menschen zu verletzen und die dem Wertekonsens in unserer Partei und weiten Kreisen der Gesellschaft zuwiderliefen.

Die Vorgeschichte der aktuellen Situation hat bereits vor Jahren begonnen. Als Boris im Jahr 2015 Angela Merkels „Wir schaffen das!“ und der großen Welle an Hilfsbereitschaft in Deutschland ein „Wir können nicht allen helfen“ in Buchform gegenüberstellte, mussten wir uns damit auseinandersetzen. Das Buch selbst war differenziert geschrieben, aber sein zugespitzter Titel deutete schon an, was folgen sollte. Boris hob immer wieder Straftaten durch Geflüchtete in einer verallgemeinernden Art hervor, die geeignet war, Stimmung gegen Geflüchtete zu machen. Der Grat zwischen Zuspitzungen und Provokationen, um Aufmerksamkeit zu erregen, war dabei schmal. Ein solches Spiel vor dem Hintergrund einer erstarkenden AfD halten wir für gefährlich bis unverantwortlich. Im August 2016 wollte er dann Asylbewerber in das Bürgerkriegsland Syrien zurückschicken. An dieser Stelle hat sich der Kreisvorstand zum ersten Mal ablehnend öffentlich geäußert. Anfang 2018 folgte ein offener Brief an Boris von Seiten des Kreisvorstands, da er sich immer wieder auf Facebook verletzend und beleidigend geäußert hat.

Ziel seiner Angriffe waren stets Minderheiten. Im Mai 2018 ging es um einen Radfahrer in Ulm, über dessen Benehmen sich Boris öffentlich beschwerte. Dabei stellte er in einer verallgemeinernden Art und Weise eine Verbindung zwischen der Hautfarbe des Radfahrers und dessen Benehmen und Kleidungsstil her und schloss aus diesen Merkmalen, dass es sich um einen Asylbewerber handeln müsse. Er versuchte seine Argumente durch einen angeblich wissenschaftlichen statistischen Beweis zu untermauern. Darauf haben wir in einer Pressemitteilung reagiert.

Das damalige Geschehen weist bereits alle Merkmale auf, die wir jetzt wieder erleben. Boris agiert nach dem Strickmuster: Provokation, Entschuldigung, wortreiches Begründen, warum er inhaltlich doch Recht hat und der Vorwurf, dass ihn alle absichtlich oder durch vermeintliche intellektuelle Unterlegenheit falsch verstehen würden. Sein Versuch, die Welt mathematisch zu berechnen, hat indes Schwächen und Nebenwirkungen. Erstens gibt es keine objektive Statistik. Die Datenauswahl und die Interpretation enthalten immer subjektive Elemente. Wissenschaft schafft keine absolute Vermessung der Welt. Für die Begründung politischen Handelns schließlich braucht es Empathie und ein ethisches Grundgerüst – mit anderen Worten einen Wertekompass.

Vorläufiger Höhepunkt war eine Äußerung von Boris, die sogar einen Negativpreis bei der Wahl zum Unwort des Jahres gewann: „Menschenrechtsfundamentalist“- angewendet auch auf uns in seiner eigenen Partei. Aber was anders, als ihrem Wesen nach unteilbar sollten die Menschenrechte sonst sein? In einem Beitrag in dem Buch von Sandra Kostner „Identitätslinke Läuterungsagenda“ hören wir den selben Vorwurf wie im Umfeld der Diskussionen um den Ulmer Radfahrer und den vermeintlichen Menschenrechtsfundamentalismus: Den Vorwurf der Verlogenheit der politischen Linken, deren Mitgefühl am Ende doch nur dem eigenen Vorteil dient. Angeblich, so lesen und hören wir immer wieder von Boris, fühlen wir uns in unserer Partei jetzt besser, weil wir uns in der Öffentlichkeit als Menschenfreunde darstellen können. Unsere moralischen Überzeugungen und ethischen Grundlagen als Mittel der Gewissensberuhigung sind nur im Einsatz, um öffentlichen Applaus zu ernten und Profit daraus zu

ziehen in Form von Wählerstimmen? Humanismus als verlogene Lebenseinstellung? Eine solche Denk- und Sichtweise steht unserem Grundsatzprogramm entgegen.

Unsere Partei Bündnis 90/ DIE GRÜNEN legt besonderen Wert auf die Gleichheitsgrundsätze in unserer Gesellschaft. Wir treten seit unserer Gründung für die Rechte von gesellschaftlichen Gruppen ein, die als Minderheiten in der Mehrheitsgesellschaft schnell übergangen und nicht gemäß diesen Gleichheitsgrundsätzen behandelt werden. Die Äußerungen von Boris sind geeignet, die jahrelange politische Arbeit für die Durchsetzung der durch die Verfassung garantierten Rechte dieser Menschen zu beschädigen. So verletzte zum Beispiel ein „Scherz“ von Boris im Juli 2018 zu einem LGBTTIQ-Ankerzentrum viele Menschen aus der lesbischen und schwulen Community.

Kurz vor der Europa- und Kommunalwahl 2019 führte eine Äußerung zu einer Werbung der Deutschen Bahn AG zu langen Diskussionen, wer in Deutschland eigentlich deutsch ist, wer dazu gehört und wer nicht. Auch hier fühlten sich viele Menschen verletzt. An unseren Wahlkampf-Infoständen waren die Inhalte, Grünen Programme und Positionen unserer Kandidat*innen nicht mehr gefragt, sondern fast ausschließlich die Frage, wie halten wir es mit Boris Palmer und wie stehen wir zu seiner Aussage. Die bundesweiten Rufe nach einem Parteiausschlussverfahren wurden deutlich lauter. Damals erreichten uns zum ersten Mal zahlreiche Zuschriften, die uns aufforderten, ein Parteiausschlussverfahren gegen Boris Palmer einzuleiten, darunter auch ein offener Brief mit über 350 Unterschriften von Grünen Mitgliedern. So erschreckend lang ist also die Vorgeschichte der jetzigen Situation.

Natürlich hat Boris Palmer in seiner Zeit als grüner Landtagsabgeordneter und seit 2007 als Oberbürgermeister der Stadt Tübingen vieles für diese Stadt Tübingen erreicht. Das will niemand in Abrede stellen. Ohne die Unterstützung der Tübinger Grünen und ohne eine starke Grüne Gemeinderatsfraktion wären diese Erfolge aber in dieser Form nicht möglich gewesen. Tübingen ist eine Grüne Stadt. Seit 2004 stellen AL/Grüne die größte Fraktion im Tübinger Gemeinderat. Und auch im Kreis gingen wir bei mehreren der letzten Wahlen als stärkste Kraft hervor. An unserer Grünen Arbeit hier vor Ort sind viele Menschen beteiligt, die alle zu unserem Erfolg beitragen. Grundlage unserer Arbeit sind dabei Programme und Beschlüsse, die wir gemeinsam in der Partei erarbeiten und beschließen. Seit 2018 erarbeitet unsere Partei in einem beispiellosen Beteiligungsverfahren ein neues Grundsatzprogramm. Jedes Mitglied kann sich in den innerparteilichen Diskurs einbringen. Letztendlich steht am Ende eines jeden Diskurses eine Entscheidung an und es gibt ein Ergebnis. Dieses Ergebnis – und ganz speziell, wenn es um die Grundwerte unserer Partei geht – müssen wir akzeptieren. Auch das ist Demokratie.

In den letzten Tagen diskutieren wir nun Äußerungen von Boris im Zusammenhang mit Corona. „Ich sag es Ihnen mal ganz brutal: Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären.“ Diese Aussage ist zynisch, verletzt Menschen und macht ihnen Angst. Sie ist weder aus medizinischer noch aus statistischer Sicht richtig und dient nicht dazu, Menschen mit verlässlichen Informationen zu versorgen. Auch hier wird wieder ein äußeres Merkmal von Menschen dazu verwendet, sie in Gruppen einzuteilen und daraus politische Handlungsempfehlungen gewinnen zu wollen. Weder Alter noch Hautfarbe, noch Partnerwahl dürfen uns politisch leiten, wenn wir Politik für Menschen machen. Das ist unsere feste Überzeugung und Konsens in unserer Partei. Nein, wir versuchen nicht, einfach eine unliebsame andere Meinung zu unterdrücken. Es kann sich jede* davon überzeugen, dass Boris Stimme in ganz Deutschland zu vernehmen ist. Nein, wir sind keine

Bankverbindung:

Kreissparkasse Tübingen; IBAN: DE46 6415 0020 0000 2245 49; BIC: SOLADES1TUB

Anhänger autoritärer von oben herab verordneter Maulkörbe. Aber wir vertreten die Partei nach außen auf Kreisebene gebunden an die Parteiprogramme und die Delegiertenkonferenzbeschlüsse und versuchen, Schaden von der Partei abzuwenden. Schaden, der entsteht, wenn wir nicht den Menschen dort draußen sagen, dass dies nicht die Haltung unserer Partei ist.

Dabei teilen wir nicht einfach unsere persönliche, private Meinung mit. Wir haben oft den Kreisrat mit Vertretern der Vorstände, Fraktionen, Mandats- und Amtsträger einberufen, um uns zu beraten. Es gab wiederholt Versuche, mit Boris eine einvernehmliche Lösung zu finden, wie wir zukünftig eine gemeinsame, abgestimmte Kommunikation erreichen könnten, zuletzt im Rahmen einer geplanten Mediation. Zu einer Zusammenarbeit zwischen Menschen gehört, dass sich alle Beteiligten daraufhin überprüfen, ob sie sich dabei konstruktiv oder destruktiv verhalten.

Die jüngsten Ereignisse haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Wir sehen keine gemeinsame Arbeitsgrundlage mehr und wollen ihn als Gremium bei künftigen Kandidaturen nicht mehr unterstützen. Dazu haben wir uns mit allen anderen politischen Vertretern hier vor Ort, dem Landesvorstand und dem Bundesvorstand beraten. Wir verzichten auf Alleingänge jedweder Art, weil wir glauben, dass wir alle einer Partei angehören, die nach innen wie nach außen für Zusammenhalt, Zusammenarbeit auf Augenhöhe und ein freundschaftliches, solidarisches Miteinander steht.

Eine Partei lebt von diesem Miteinander - auf allen Ebenen. Leider nimmt Boris Palmer nicht am innerparteilichen Diskurs im Kreisverband teil. In den vergangenen Jahren war er selten auf einer Kreismitgliederversammlung oder auf einer Veranstaltung unseres Kreisverbandes anwesend, zu der er nicht direkt eingeladen war. Anders als die anderen Amts- und Mandats-träger unserer Partei.

Wir haben uns als Kreisvorstand aus all diesen Überlegungen heraus und nach langem Abwägen dazu entschieden, Boris nicht mehr für eine weitere OB-Kandidatur zu unterstützen. Wir möchten uns nicht mit der gesamten Presselandschaft Deutschlands auseinandersetzen, sondern unseren Fokus auf Grüne Politik legen und diese in Tübingen und im ganzen Kreis vertreten. Unsere Fraktion im Tübinger Gemeinderat macht eine sehr gute Arbeit und Politik und wir möchten sie darin unterstützen und diese Politik gemeinsam fortsetzen.

Ein Großteil der Beschwerden, die uns erreichen, gilt dem Thema Parteiausschluss. Für diese Beschwerden sind wir einfach der falsche Adressat. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir einen Parteiausschluss nicht für zielführend halten – und das ist auch weiterhin unsere Meinung.

In diesen sehr bewegten Zeiten hoffen wir auf Eure Unterstützung, um zusammen weiter an unserer Grünen Vision von Zukunft arbeiten zu können. Nur gemeinsam können wir viel bewegen.

Mit Grünen Grüßen –bleibt gesund,
Euer Kreisvorstand

*Pressemitteilung sind auf unserer Homepage nachzulesen:
www.gruene-tuebingen.de/service/pressemitteilungen*

Bankverbindung:
Kreissparkasse Tübingen; IBAN: DE46 6415 0020 0000 2245 49; BIC: SOLADES1TUB